

Große Anfrage

der Abgeordneten Weisskirchen (Wiesloch), Andres, Bernrath, Dr. Böhme (Unna), Conradi, Duve, Ebert, Hämmerle, Ibrügger, Kastning, Dr. Klejdzinski, Kretkowski, Kuhlwein, Müller (Düsseldorf), Dr. Niehuis, Odendahl, Dr. Penner, Rixe, Schmidt (Nürnberg), Schmidt (Salzgitter), Sielaff, Dr. Soell, Toetemeyer, Wartenberg (Berlin), Dr. Wegner, Weiler, Weyel, Wiefelspütz, Adler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Soziokultur

Seit Beginn der siebziger Jahre sind in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Projekte unabhängiger Kulturinitiativen entstanden, die sich als Ergänzung zum traditionellen Kulturbetrieb verstehen. Sie empfinden sich als der „Soziokultur“ zugehörig, d. h. einer kulturellen Praxis, die die alltägliche Lebenswelt in die Kulturarbeit einbezieht und zugleich eine Rückwirkung der entstehenden Formen von Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft anstrebt. In diesem Sinne ermutigen sie breite Bevölkerungskreise zu aktiver kultureller Betätigung, sie unterstützen neue kulturelle Formen und Tendenzen und fördern den künstlerischen Nachwuchs. Soziokulturelle Arbeit wird geleistet

- in den Soziokulturellen Zentren
- in freien Gruppen und Kulturkooperationen
- in der studentischen Kulturarbeit
- in den Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen
- in der außerschulischen kulturellen Jugendbildung
- in Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken und Museen
- in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Kulturarbeit
- in Kulturwerkstätten, Bürgerhäusern, Stadtteileinrichtungen
- in Sportvereinen, Geschichtswerkstätten und Arbeitsloseninitiativen
- in Jugendzentren und in Einrichtungen der Rehabilitation
- in Kulturkneipen und alternativen Bildungseinrichtungen
- in alternativen und traditionellen Frauengruppen usw.

Durch ihre innovative Kraft, ihre unkonventionelle sparten- und ressortübergreifende Orientierung und ihre Angebotsvielfalt trägt die Soziokultur wesentlich dazu bei, Hindernisse beim Zugang zu Kultur abzubauen und Kultur allen Menschen zugänglich zu

machen. Diese Tätigkeit gewinnt heute mehr und mehr an Bedeutung: Angesichts der Zunahme des passiven Medienkonsums bei Kindern, Jugendlichen, Frauen und Männern, angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der Aufspaltung der Gesellschaft in immer neue Teilgruppen mit eigenen Werthaltungen, Überzeugungen und Lebensstilen sowie angesichts der ungleich verteilten Beteiligungschancen am öffentlichen Kulturangebot und kulturellen Leben ist die soziokulturelle Breitenarbeit notwendiger denn je.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

I. Allgemeine Standortbestimmung

1. Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung der Soziokultur in der kulturellen Praxis bei? Wie steht sie zu der Auffassung, daß „traditionelle“ und „alternative“ Kultur gleichwertig nebeneinander stehen? Welche Bedeutung hat die Soziokultur nach Ansicht der Bundesregierung für die kulturelle Integration in die pluralistische, multikulturelle Gesellschaft?
2. Welche Auswirkungen hat die Soziokultur nach Ansicht der Bundesregierung auf die Qualität der Daseinsvorsorge und auf die soziale und kulturelle Chancengleichheit?
3. Was hat die Bundesregierung unternommen, um ihre Wissensdefizite hinsichtlich der Soziokultur zu beseitigen? Sind konkrete Bestandsaufnahmen, Situationsanalysen oder Felduntersuchungen bisher durchgeführt worden?
4. Haben in der Vergangenheit die Bundesministerien die Möglichkeit genutzt, auf dem Gebiet der Soziokultur ressortübergreifend zusammenzuarbeiten?

II. Praxis der Soziokultur

1. Wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung der soziokulturellen Arbeit im Verlauf der letzten zehn Jahre ein?
2. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele soziokulturelle Projekte und Aktivitäten es zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland gibt und womit sie sich schwerpunktmäßig beschäftigen? In welchen Einrichtungen findet diese Arbeit statt?
3. Verfügt die Bundesregierung über Informationen, aus denen hervorgeht, wie viele Bürger und Bürgerinnen hauptberuflich und ehrenamtlich in der Soziokultur tätig sind? Welche Beschäftigungseffekte sind in der Soziokultur feststellbar?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung den Gedanken der Selbstverwaltung in der Soziokultur? Wird dieses grundlegende Prinzip bei der Formulierung und Durchführung konkreter Förderungsmaßnahmen anerkannt und angemessen berücksichtigt?

III. Finanzielle Situation der Soziokultur

1. Wie schätzt die Bundesregierung die finanzielle und soziale Situation der soziokulturellen Einrichtungen und Projekte ein?

2. Wie hat die Bundesregierung vor der Einrichtung des Fonds Soziokultur soziokulturelle Projekte und Aktivitäten gefördert? Wie hoch war der Anteil dieser Mittel an den Kulturausgaben des Bundes?
3. Wie hoch ist der Anteil der bisher für den Fonds Soziokultur bereitgestellten Mittel an den Kulturausgaben des Bundes?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen nach einer Weiterentwicklung des Fonds Soziokultur?
5. Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe die Länder und Gemeinden öffentliche Mittel für die Förderung der Soziokultur zur Verfügung stellen? Welche Entwicklung ist hier in den 80er Jahren festzustellen?

IV. Strukturelle Hilfen für die Soziokultur

1. Welche Modellversuche und Förderprogramme hat die Bundesregierung in den letzten Jahren aufgelegt, um beispielhafte soziokulturelle Initiativen, Projekte und Einrichtungen zu fördern? Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg dieser Maßnahmen?
2. Teilt die Bundesregierung die vom Rat für Soziokultur gemachten Vorschläge zur Förderung und Schwerpunktbildung insbesondere für
 - die institutionelle Absicherung soziokultureller Arbeit auf kommunaler Ebene,
 - die Bereitstellung geeigneter Räume und Sachmittel für Kulturinitiativen, freie Gruppen und soziokulturelle Initiativen durch Kommunen und Länder,
 - die Finanzierung von hauptberuflichen Mitarbeitern auf allen Ebenen?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen nach einer Beschäftigungsinitiative (Sozio-)Kultur, die u. a. beinhalten
 - dauerhafte beschäftigungsorientierte Förderungsmodelle der öffentlichen Hand für den Bereich Soziokultur,
 - die Einrichtung soziokultureller Arbeitsförderungsprogramme der Bundesanstalt für Arbeit,
 - die Rücknahme der entstandenen Restriktionen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die AFG-Novellierung,
 - die Integration soziokultureller Maßnahmen in die „Arbeitsstatt-Sozialhilfe“-Programme,
 - die Einrichtung spezifischer Existenzgründungs- und Wirtschaftsförderungsprogramme im Soziokulturbereich durch die Länder und den Bund?

V. Qualifizierung und Vernetzung der Soziokultur

1. Verfügt die Bundesregierung über Kenntnisse zum Qualifikationsstandard und zum Qualifikationsbedarf in der Soziokultur? Welche Maßnahmen hat sie bisher ergriffen, um diese Informa-

tionen zu erheben und wie hat sie auf den Qualifikationsbedarf reagiert?

2. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen,
 - an Hochschulen und Fachhochschulen Weiterbildungsstudiengänge für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in soziokulturellen Einrichtungen einzurichten, und
 - differenzierte Weiterbildungs- und Beratungsangebote entsprechend den konkreten Praxisanforderungen im Soziokulturbereich institutionell und finanziell abzusichern?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, welche Einrichtungen und Verbände der Soziokultur es auf Bundes- und Landesebene gibt? Besteht die Absicht, den Sachverstand dieser Organisationen bei eventuellen Förderungsmaßnahmen heranzuziehen?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen nach einer kontinuierlichen und projektbezogenen Förderung von Landes- und Bundeszusammenschlüssen im Bereich der Soziokultur?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen, die Entwicklung bundesweiter Beratungs- und Vernetzungsmodelle der Soziokultur sowie die überregionale Kooperation soziokultureller Einrichtungen zu unterstützen?
6. Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung, den grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch soziokultureller Einrichtungen und Akteure künftig in Hinsicht auf eine europäische Zusammenarbeit zu unterstützen?

Bonn, den 25. Juli 1989

Weisskirchen (Wiesloch)

Andres
Bernrath
Dr. Böhme (Unna)
Conradi
Duve
Egert
Hämmerle
Ibrügger
Kastning
Dr. Klejdzinski
Kretkowski
Kuhlwein
Müller (Düsseldorf)
Dr. Niehuis

Odendahl

Dr. Penner
Rixe
Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Sielaff
Dr. Soell
Toetemeyer
Wartenberg (Berlin)
Dr. Wegner
Weiler
Weyel
Wiefelspütz
Adler
Dr. Vogel und Fraktion